



**BUNDESVERBAND
MOBILE BERATUNG**

Jahresrückblick 2024

Wie die AfD und ihre rechtsextremen Netzwerke die Demokratie angreifen. Wo Gegenwehr wirkt.

Zum Bundesverband Mobile Beratung

Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) ist der Dachverband von rund 50 Mobilen Beratungsteams bundesweit, die zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen beraten. Wir vernetzen die Teams, organisieren Fachtagungen und stehen als Ansprechpartner*innen für Politik und Medien zur Verfügung.

Für mehr Informationen zum Bundesverband Mobile Beratung:

bundesverband-mobile-beratung.de



Die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus

Die rund 50 Mobilen Beratungsteams sind bundesweit für alle ansprechbar, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen engagieren wollen – seien es Einzelpersonen, Organisationen, Schulen, Betriebe, Politiker*innen oder zivilgesellschaftliche Bündnisse.

Eine Liste mit allen Mobilen Beratungsteams finden Sie hier:

bundesverband-mobile-beratung.de/mobile-beratung/#Beratungsteams



Jahresrückblick 2024

Wie die AfD und ihre rechtsextremen Netzwerke die Demokratie angreifen. Wo Gegenwehr wirkt.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. In der Offensive: Die extreme Rechte im Jahr 2024	5
2.1 Die AfD ist etabliert	5
2.2 Im Windschatten der AfD: Andere extrem rechte Strukturen	5
2.3 Die Netzwerke der AfD	7
2.4 Trends: „Remigration“, rechter Nachwuchs, Anti-CSD	8
3. Mit neuer Kraft, doch unter Druck: Die demokratische Zivilgesellschaft	9
3.1 Wer wurde beraten?	9
3.2 Vor welchen Herausforderungen stehen Engagierte?	10
3.3 Welche Strategien waren wirksam?	10
Großproteste im Januar: Aufbruchstimmung, neue Hoffnung	10
Neue Engagierte, neue Bündnisse	11
Aufklärung und Protest verhindern rechtsextreme Raumnahme	11
Sachsen: Demokratische Wählervereinigungen holen Stimmen	12
Selten, aber wichtig: Unterstützung durch Politik und Verwaltung	12
4. Fazit: Was jetzt zu tun ist	12

1. Einleitung

Im Januar 2024 deckte das Medienhaus „Correctiv“ auf, dass AfD-Politiker*innen bei Potsdam mit Neonazis, anderen Rechtsextremen und Mitgliedern der CDU die Vertreibung von Menschen mit Migrationsgeschichte geplant haben.¹ Kurz darauf erlebte die Bundesrepublik einige der größten Proteste ihrer Geschichte: Von Januar bis Ende März fanden bundesweit rund 1.800 Demonstrationen statt, bei denen Hunderttausende für Demokratie und gegen Rechtsextremismus protestierten.²

Was ist seitdem passiert? Wie hat sich die extreme Rechte 2024 entwickelt? Und welche Strategien hat die demokratische Zivilgesellschaft erarbeitet, um Rechtsextremismus die Stirn zu bieten? Der vorliegende Jahresrückblick trägt das Wissen von rund 50 Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und für demokratische Kultur zusammen. Sie sind bundesweit aktiv, bis ins kleinste Dorf vernetzt und unterstützen Menschen und Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren.³

Die wichtigsten Inhalte im Überblick

Die extreme Rechte ist in der Offensive: Die AfD ist im Osten stärkste bzw. zweitstärkste Kraft, konnte auch im Westen ihren Einfluss ausbauen und fungiert als Triebkraft für die gesamte extreme Rechte. Demokratische Parteien haben sich Forderungen der AfD zu eigen gemacht und rechtsextreme Diskurse in großen Schritten weiter normalisiert. Unter Jugendlichen gibt es ein neues rechtes Selbstbewusstsein.



Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, sind entmutigt und fühlen sich von der Politik im Stich gelassen. Ihre Forderungen finden politisch kein Gehör, rechte Bedrohungen gehören für viele zum Alltag. Unzählige Engagierte sind in Angst: um ihre eigene Sicherheit und um die Demokratie. Das spiegelt sich auch in den Anfragen an die Mobile Beratung: Sie sind 2024 bundesweit deutlich gestiegen.

Trotz der Belastungen haben zivilgesellschaftliche Akteur*innen Gegenwehr geleistet: Sie sind auf die Straße gegangen und haben mit den Großprotesten Anfang des Jahres Hoffnung geweckt. Sie haben neue Bündnisse gegründet und mit Aufklärungsarbeit erreicht, dass die extreme Rechte mitunter weniger Spielraum hatte. Einige sehen den Rechtsruck als Ansporn, gerade jetzt Position zu beziehen.



Die Engagierten brauchen dringend mehr Unterstützung. Politik und Verwaltung, aber auch Medien und die breite Zivilgesellschaft müssen sich schützend vor alle stellen, die für demokratische Werte eintreten. Für die Bundesregierung heißt das u.a., endlich eine gesetzliche Grundlage für die Förderung der Opfer-, Ausstiegs- und Mobilien Beratung zu schaffen – damit die vielen mutigen Menschen auch in Zukunft Unterstützung haben. Damit die Demokratie 2025 nicht weiter erodiert.

2. In der Offensive: Die extreme Rechte im Jahr 2024

Die Beobachtungen der Mobilen Beratungsteams zeigen: Die extreme Rechte ist in der Offensive und konnte ihren Einfluss 2024 deutlich ausbauen. Die nachfolgenden Abschnitte beleuchten, welche Akteur*innen und Trends dabei eine Rolle gespielt haben.

2.1 Die AfD ist etabliert

Die extrem rechte AfD ist auf dem Höhenflug: In Ostdeutschland ist sie 2024 fast flächendeckend zur stärksten bzw. zweitstärksten Kraft geworden.⁴ Große Teile der Bevölkerung fühlen sich von ihren Themen, ihrem Personal und ihrem Stil angesprochen. Auch in Westdeutschland wählen viele Menschen die Partei nicht trotz, sondern wegen ihrer Radikalität.⁵

Inhaltlich setzte die AfD 2024 vor allem auf die Themen Flucht, Migration, Islam und Queerfeindlichkeit. Offensiver als in den Vorjahren forderte sie unter dem neurechten Schlagwort „Remigration“, massenweise Menschen abzuschieben. Auch die islamistischen Anschläge in Mannheim und Solingen nutzte sie für ihre rassistische Agenda. Besonders in Ostdeutschland stellte die AfD ihre pro-russische Haltung heraus und versuchte zugleich, sich als „Friedenspartei“ zu inszenieren. Mit Parolen wie „Der Osten macht’s“ betonte sie eine ostdeutsche Identität. Zudem hetzte die AfD stärker als in den Vorjahren gegen Menschen und Projekte, die sich für die Demokratie engagieren: Sie forderte die Streichung von Geldern – etwa beim Landesjugendring Brandenburg⁶ – und instrumentalisierte das „Neutralitätsgebot“, um demokratische Stimmen zu verunsichern und letztlich mundtot zu machen.

Neben eigenen Kundgebungen, Infoständen und Bürgerdialogen versuchte die AfD auch, Veranstaltungen anderer Akteure als Plattform zu nutzen. Dazu zählen die Bauern- und Mittelstandsproteste Anfang

des Jahres, Demonstrationen gegen Geflüchtetenunterkünfte und Aktionen gegen die Windkraft. Ihre Präsenz zahlte sich aus: Bei der Europawahl wurde die AfD in Ostdeutschland mit Abstand stärkste, bundesweit zweitstärkste Kraft.⁷ Bei der Landtagswahl in Thüringen erreichte sie die meisten Stimmen, in Sachsen und Brandenburg belegte sie knapp hinter der CDU bzw. der SPD den zweiten Platz.⁸ Auch bei den Kommunalwahlen konnte die AfD ihren Einfluss ausbauen: In den ostdeutschen Bundesländern erreichte sie zwischen 25,6 und 28,1 Prozent der Stimmen und stellt nun in zwei Dritteln aller Kreistage und Stadträte in kreisfreien Städten die meisten Mitglieder. In den drei westdeutschen Bundesländern, in denen 2024 Kreistage gewählt wurden, kam die AfD auf 10,4 bis 14 Prozent der Stimmen.⁹

Durch das Erstarren der AfD lassen sich immer schwerer demokratische Mehrheiten bilden. Die Spielräume demokratischer Parteien sind wesentlich kleiner geworden, die Hürden für eine Zusammenarbeit mit der AfD insbesondere auf kommunaler Ebene weiter gesunken. Zugleich haben demokratische Politiker*innen selbst zum Erfolg der AfD beigetragen, indem sie ihre Forderungen übernommen und es der Partei so ermöglicht haben, auch ohne Regierungsbeteiligung Einfluss zu nehmen (s. Kapitel 2.4).

2.2 Im Windschatten der AfD: Andere extrem rechte Strukturen

Den Aufwind der AfD nutzten zahlreiche andere extrem rechte Gruppen, um sich als politische Akteure zu profilieren. Sie verfolgen zum Teil unterschiedliche Strategien, sind aber untereinander vernetzt:

- Die regionale Neonazipartei „**Freie Sachsen**“ tritt offen rechtsextrem auf und konnte bei der Kommunalwahl in Sachsen Mandate in allen Kreis-

Rechtsextremismus: Schlaglichter aus den Regionen

Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Ideologien der Ungleichwertigkeit waren 2024 breit wahrnehmbar: In allen 16 Bundesländern gab es Ereignisse, die die demokratische Kultur vor Ort angegriffen haben. Die Zeitleiste zeigt nur einen kleinen Ausschnitt:



tagen und in mehreren Gemeindevertretungen erlangen.¹⁰

- Die Partei „**III. Weg**“ sowie die „**Jungen Nationalisten**“ (JN) – Jugendorganisation der Partei „Die Heimat“ (ehemals NPD) – organisierten Wanderungen, Zeltlager und Kampfsportveranstaltungen, um vor allem junge Männer an sich zu binden.¹¹
- 2024 traten **neue Neonazi-Gruppen** in Erscheinung, die von Jugendlichen getragen werden und im Sommer gegen die „Christopher Street Days“ mobilisierten. Die bekanntesten sind „Jung und stark“ und „Deutsche Jugend voran“. Ein ebenfalls relativ neues Phänomen sind sogenannte **Active Clubs**, eine Organisationsform für gewalt- und kampfsportaffine Neonazis.¹²
- **Rechtsrock, Kampfsport und Rocker-Gruppen** waren auch 2024 wichtige Teile der subkulturell geprägten rechtsextremen Szene. Sie agierten weitgehend im Verborgenen und bieten insbesondere für militante Neonazis wichtige Bezugspunkte.
- Die „**Identitäre Bewegung**“ (IB) feierte 2024 ihr 10-jähriges Bestehen, hat jedoch ihre Bedeutung als bundesweite Kaderorganisation verloren. Die wenigen, vor allem regional aktiven Gruppen wie in Bayern oder Baden-Württemberg sind teils eng mit der Jugendorganisation der AfD verbunden. In Chemnitz betreibt die IB seit Ende 2023 ein eigenes „Zentrum“, in dem 2024 regelmäßig Veranstaltungen stattfanden.¹³
- Einflussreicher als die IB selbst sind die **Verlage, Medien- und sonstigen Projekte, die aus der IB hervorgegangen sind**: Sie haben sich 2024 weiter professionalisiert und unterstützen die AfD als „politisches Vorfeld“ (s. Kapitel 2.3). Ein Beispiel ist das Hip-Hop-Label „Neuer Deutscher Standard“ (NDS), das 2024 mit rassistischen Liedern eine große Reichweite über rechtsextreme Kreise hinaus hatte.¹⁴
- Das inzwischen umbenannte „**Institut für Staatspolitik**“ (IfS) in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) war auch 2024 der wichtigste Knotenpunkt der „Neuen

Rechten“. Trotz einer formalen Umstrukturierung im Frühjahr 2024 fanden die Aktivitäten und Angebote unverändert statt: Bei sogenannten Akademien, Studientagen und Sommerfesten trafen Vertreter*innen des gesamten extrem rechten Spektrums aufeinander, um sich zu schulen und vernetzen. Seit seiner Einstufung als „gesichert rechtsextremistisch“ 2023 zeigt das IfS immer weniger Scheu, auch offen mit Neonazis zusammenzuarbeiten.¹⁵

- Das **verschwörungsideologische Protestmilieu**, das im Zuge der Corona-Pandemie bundesweit auf die Straßen ging, ist in regionalen Gruppen weiter aktiv und mit verschiedenen rechten Akteuren vernetzt. Mit einer flexiblen Themensetzung gelingt es den Gruppen nach wie vor, einen festen Kern an Anhänger*innen zu mobilisieren. Die Zahl der Teilnehmer*innen ist zwar insgesamt niedriger als noch 2023. Während der Bauern- und Mittelstandsproteste Anfang 2024 konnten die Gruppen aber kurzzeitig mehr Menschen auf die Straße bringen.
- Das heterogene Milieu der **Reichsideolog*innen** hat seine Strukturen weiter ausgebaut und vielerorts Veranstaltungen ausgerichtet: Im Juni organisierte das „Königreich Deutschland“ in Holm (Schleswig-Holstein) einen „Zukunftskongress“ mit rund 70 Teilnehmer*innen.¹⁶ Zudem fanden unter dem Titel „Großes Treffen der 25+1 Bundesstaaten“ mehrere Aufmärsche von Reichs-Anhänger*innen statt. Der größte war mit ca. 1.000 Teilnehmenden im April in Gera (Thüringen).¹⁷
- Seit mehreren Jahren siedeln sich **Rechtsextreme in ländlichen Räumen** an. Mit eigenen Immobilien schaffen sich diese sogenannten völkischen Siedler*innen – darunter „Anastasia“-Anhänger*innen¹⁸, Reichsideolog*innen und Neonazis – Rückzugsräume, um langfristig Einfluss auf die politische Kultur vor Ort zu nehmen. Radikalisierung findet hier gewissermaßen „über den Gartenzaun“ statt.

In Lützelbach (**Hessen**) laden mutmaßliche „Reichsbürger“ zu einem „Straßenkampf-Seminar“ ein.³⁶

APRIL

In Dresden (**Sachsen**) wird der SPD-Politiker Matthias Ecke krankenhauserreif geschlagen. Mindestens ein Tatverdächtiger soll Mitglied einer rechtsextremen Gruppe sein.³⁸

MAI

In **Hamburg** taucht auf einem Spielplatz für trans* Kinder ein Hakenkreuz auf.⁴⁰

In Dortmund (**Nordrhein-Westfalen**) besucht der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke ein ehemaliges Industriegelände und spricht mit Parteifreunden aus NRW über die Zukunft der AfD.³⁷

In Aken (**Sachsen-Anhalt**) verbrennen Jugendliche das Tagebuch des Holocaust-Opfers Anne Frank.³⁹

2.3 Die Netzwerke der AfD

Während sich die AfD nach außen als bürgerliche Partei darstellt, ist sie eng mit anderen extrem rechten Akteur*innen vernetzt. Sie ist zur parlamentarischen Säule eines großen antidemokratischen Netzwerks geworden, das die politische Landschaft nachhaltig umbauen will. Die Verbindungen zeigten sich 2024 auf verschiedenen Ebenen:

„Neue Rechte“

Politiker*innen der AfD waren 2024 regelmäßig am inzwischen umbenannten „Institut für Staatspolitik“ (IfS) in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) zu Gast, dem wichtigsten Knotenpunkt der „Neuen Rechten“ (s. Seite 6).



Beim Sommerfest des IfS im Juli nahmen die AfD-Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen im Osten – Björn Höcke, Jörg Urban und Hans-Christoph Berndt – an einer Podiumsdiskussion teil. Der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl 2024, Maximilian Krah, war mehrfach in Schnellroda.¹⁹

„Identitäre Bewegung“ und „politisches Vorfeld“

Zudem lud die AfD selbst zu Veranstaltungen ein, in die ihr „politisches Vorfeld“ eingebunden war. Zum politischen Vorfeld gehören u.a. rechte Verlage und Medienprojekte, die aus der „Identitären Bewegung“ hervorgegangen sind.



Im Mai organisierte ein Berliner AfD-Politiker eine „Alternative Buchmesse“ in Hoppegarten (Brandenburg). In Schleswig-Holstein lud die AfD zum „Tag des Vorfelds“ in Neumünster ein, in Koblenz (Rheinland-Pfalz) richtete ein AfD-Politiker die „Messe des Vorfelds“ aus.²⁰

„Compact“

Das rechtsextreme „Compact“-Magazin ist einer der größten publizistischen Unterstützer der AfD, was im Wahljahr 2024 besonders deutlich wurde. Umgekehrt zeigten AfD-Politiker*innen ihre Verbundenheit mit „Compact“, als das Magazin im Juli kurzzeitig verboten war.²¹



Unter dem Titel „Die blaue Welle rollt“ organisierte „Compact“ eine Reihe von Kundgebungen, um den AfD-Wahlkampf zu unterstützen. Bei einigen dieser Kundgebungen traten hochrangige AfD-Politiker*innen auf, z.B. im Juni in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) und im Mai in Wertheim (Baden-Württemberg).²²

Neonazis

Auch zu Neonazis pflegten AfD-Politiker*innen Kontakt. Das durch die Correctiv-Recherche aufgedeckte Treffen bei Potsdam ist ein bekanntes und wichtiges Beispiel dafür, aber bei weitem nicht das einzige. Besonders enge Kontakte zu Neonazis hat die „Junge Alternative“ (JA), die Jugendorganisation der AfD.



Im September fand in Thüringen ein Seminar des rechtsextremen Thinktanks „Metapol“ statt, bei dem Neonazis über einen „Regime-Change“ diskutierten. Angekündigt waren u.a. die AfD-Politiker*innen Doris von Sayn-Wittgenstein und Tim Krause.²³ Im Stadtrat in Eilenburg (Sachsen) hat die AfD mit der Neonazipartei „Freie Sachsen“ eine gemeinsame Fraktion gebildet.²⁴ Im April nahmen Aktivist*innen der JA und „Jungen Nationalisten“ gemeinsam an einer Wanderung um das Steinhuder Meer (Niedersachsen) teil.²⁵ Im August

Nach dem mutmaßlich islamistischen Angriff auf die rechte „Bürgerbewegung Pax Europa“ organisiert die AfD eine Kundgebung in Mannheim (**Baden-Württemberg**) – und instrumentalisiert die Tat für ihre rassistische Agenda.⁴²

Rechtsextreme, mutmaßlich Anhänger der Jugendorganisation des „III. Weg“, überfallen in **Berlin** einen Anreise-Treffpunkt zu einer linken Demonstration und verletzen zwei Personen erheblich.⁴⁴

JUNI

In **Bremen** wird das „Rat- und Tatzentrum für queeres Leben“ mit Naziparolen beschmiert.⁴¹

In Eschede (**Niedersachsen**) organisieren die „Jungen Nationalisten“ eine Sonnenwendfeier, an der auch Kleinkinder teilnehmen.⁴³

JULI

wurden bei einer Neonazi-Demo gegen den CSD in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) Symbole der JA festgestellt.

Andere extrem Rechte mit AfD-Mandat

Zudem gibt es mehrere extrem rechte Akteur*innen, die für die AfD in Stadträten oder Kreistagen sitzen.



Im Stadtrat Blankenburg (Sachsen-Anhalt) ist eine Anhängerin der völkischen „Anastasia“-Bewegung Mitglied der AfD-Fraktion. In Ribnitz-Damgarten (Mecklenburg-Vorpommern) sitzt ein Mitgründer des rechtsextremen Vereins „Neustart Kranichland“ für die AfD in der Stadtvertretung.²⁶ Im Stadtrat von Bad Salzungen und im Kreistag Wartburgkreis (Thüringen) vertritt eine Reichsideologin die AfD.²⁷ In Sachsen wurde im November ein Mann festgenommen, der bis dato für die AfD im Stadtrat Grimma saß. Er soll Teil der rechtsterroristischen Gruppe „Sächsische Separatisten“ sein, die einen Systemsturz herbeiführen wollte.²⁸



RECHERCHE NORD

Früher „nur“ Provokation, heute Erkennungszeichen der gesamten rechtsextremen Szene: der „White Power“-Gruß.

2.4 Trends: „Remigration“, rechter Nachwuchs, Anti-CSD

Blickt man auf die extrem rechten Akteure und Ereignisse im Jahr 2024, lassen sich sechs Trends beobachten:

- **Das Denk-, Sag- und Machbare hat sich 2024 weit nach Rechts verschoben.** Das lässt sich am rassistischen Begriff „Remigration“ nachvollziehen: Nach Bekanntwerden des Potsdamer Treffens machte die AfD offensiv Wahlkampf mit dem Thema. Der Begriff erhielt Einzug in den öffentlichen

Diskurs und löste eine bundesweite Debatte über Migration und Flucht aus. Inzwischen sprechen sich nahezu alle demokratischen Parteien für eine Begrenzung der Migration aus und haben – ganz im Sinne der extremen Rechten – weitreichende Verschärfungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht beschlossen.²⁹

- **Unter Jugendlichen gibt es ein neues rechtes Selbstbewusstsein.** Viele bekennen sich zur AfD, sind als rechte Jugendcliquen im Stadtbild sichtbar und fallen mit rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen Äußerungen an der Schule auf.³⁰ Um Jugendliche für sich zu gewinnen, haben extrem rechte Akteur*innen ihre Präsenz auf Instagram und Tiktok erfolgreich ausgebaut und professionalisiert.

In Perl-Borg (**Saarland**) stellt der Rechtsextremist Martin Sellner sein Buch über „Remigration“ vor.⁴⁵

Am Wahlkampfabschluss der **Thüringer** AfD nehmen militante Neonazis teil. Zudem ermittelt die Polizei danach wegen des Zeigens von Hitlergrüßen.⁴⁷

AUGUST

In München (**Bayern**) treffen sich rund 500 Reichsideolog*innen, um für ein „Deutsches Reich“ in den Grenzen von 1871 zu demonstrieren.⁴⁶

SEPTEMBER

OKTOBER

In Neubrandenburg (**Mecklenburg-Vorpommern**) verbietet die Stadtvertretung das Hissen der Regenbogenflagge am Bahnhof. Kurz darauf kündigt Oberbürgermeister Silvio Witt seinen Rücktritt an. Er wird seit Jahren von rechts angefeindet.⁴⁸

NOVEMBER

DEZEMBER

- **Neonazi-Parolen feiern ein Comeback im Mainstream.** Im Mai wurde ein Video aus Sylt öffentlich, auf dem junge Menschen zur Melodie des Songs „Lamour toujours“ die rassistischen Parolen „Ausländer raus“ und „Deutschland den Deutschen“ grölten.³¹ Diese waren in den 90er Jahren unter Neonazis weit verbreitet und feierten 2024 bundesweit ihr Comeback in Diskos und auf Stadtfesten.
- Es gibt eine **neue Generation von Neonazis**, die offen gewaltbereit auftritt und auf verschiedene Symbole setzt. Besonders häufig zu sehen war 2024 das „White Power“-Handzeichen, das inzwischen als Erkennungszeichen der gesamten rechtsextremen Szene gilt.
- Die in Kapitel 2.2 genannten neuen Neonazi-Gruppen haben in beispiellosem Ausmaß **gegen die Christopher Street Days (CSD)** mobilisiert, u.a. in Bautzen, Leipzig und Magdeburg. Kleinere Proteste gab es in mehreren Bundesländern. An den Demonstrationen auffällig viele junge Menschen teil, insbesondere auch junge Frauen.
- Während der Fußball-Europameisterschaft 2024 gingen **postmigrantische rechte Milieus** erstmals massenhaft auf die Straße, u.a. in Nürnberg, Berlin und Stuttgart. Viele zeigten offen den „Wolfsgruß“, das Handzeichen türkischer Faschist*innen.³²

3. Mit neuer Kraft, doch unter Druck: Die demokratische Zivilgesellschaft

Seit mehr als 20 Jahren unterstützt die Mobile Beratung Menschen und Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren – aus der Überzeugung, dass eine starke Zivilgesellschaft die beste Prävention gegen das Problem ist. Egal, ob Nachbarschaftsbündnisse, Vereine oder Schulen: Es sind die Menschen und Institutionen vor Ort, die die Bedrohungen durch Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen als Erste zu spüren bekommen – und die gemeinsam überlegen können, was sie in ihrer Stadt oder ihrem Dorf dagegen tun wollen.

Die nachfolgenden Abschnitte zeigen, welche Akteur*innen die Mobilen Beratungsteams 2024 beraten haben, vor welchen Herausforderungen die Engagier-

ten standen und welche Strategien sie erarbeitet haben, um Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung die Stirn zu bieten.

3.1 Wer wurde beraten?

Die rund 50 Mobilen Beratungsteams haben 2024 viele unterschiedliche Menschen und Institutionen unterstützt, darunter Einzelpersonen, Bündnisse, Schulen und Kommunalpolitiker*innen (s. Wortwolke).

Das vergangene Jahr hat in beispiellosem Ausmaß die Kapazitäten der Teams gefordert: Bundesweit berichten die Kolleg*innen von einem deutlichen Anstieg der Beratungsanfragen, in einigen Regionen überstieg



die Zahl bereits im April die des gesamten Vorjahres. „Noch nie hatten wir so viele Anfragen wie in diesem Jahr“, fasst es ein Kollege zusammen, der seit 2008 Mobiler Berater in Münster ist. Am deutlichsten war der Anstieg bei Schulen und zivilgesellschaftlichen Bündnissen: Hier stiegen die Fallzahlen in jedem Bundesland. Aufgrund des hohen Fallaufkommens mussten einige Teams einen mehrmonatigen Veranstaltungs- bzw. Beratungsstopp verhängen. Beratungssuchende waren in diesen Fällen auf sich allein gestellt.

3.2 Vor welchen Herausforderungen stehen Engagierte?

Die in Kapitel 2 skizzierten Aktivitäten der extremen Rechten, aber auch die Reaktionen demokratischer Parteien haben demokratisch Engagierte 2024 vor eine Reihe von Herausforderungen gestellt. Die Liste ist nur ein kleiner Ausschnitt dessen, womit die Zivilgesellschaft tagtäglich zu kämpfen hatte:

- Während der Großproteste nach der Correctiv-Recherche entstand in weiten Teilen der Zivilgesellschaft die Hoffnung, dass ihre Forderungen auch politisch Widerhall finden. Greifbare politische Antworten, etwa in Form von Gesetzen oder finanzieller Unterstützung, blieben aber aus. In ihrer Hoffnung enttäuscht, machte sich bei vielen Menschen Frustration breit. Insbesondere unter dem Eindruck der Asylrechtsverschärfungen und der drei Landtagswahlen entstand der Eindruck, aussichtslose Kämpfe zu führen. Bei vielen Engagierten führte das zu Ermüdung und Resignation – vor allem in einigen ostdeutschen Regionen, in denen das demokratische „Wir sind mehr“ nicht mehr gilt.
- Drohungen, Brandanschläge, körperliche Übergriffe: Viele demokratisch Engagierte müssen um ihre Sicherheit bangen. Diese Gefährdungslage hat sich 2024 verschärft – mit gravierenden Folgen: Einige Menschen überlegen, ihren Wohnort zu verlassen oder ganz auszuwandern. Diejenigen, die bleiben und sich weiter engagieren, müssen dafür noch mehr Mut aufbringen.
- Dass rechte Jugendliche selbstbewusster auftreten (s. Kapitel 2.4), stellt Schulen vor große Herausforderungen: Insbesondere in Teilen Ostdeutschlands ist es den Jugendlichen mitunter gelungen, die Klassen zu dominieren und selbst bei nicht-rechten Mitschüler*innen als Vorbilder zu fungieren. Das erschwert vielerorts das Aufrechterhalten einer demokratischen Schulkultur.
- Engagement gegen Rechtsextremismus wird von der extremen Rechten, aber auch von demokratischen Politiker*innen oft als linksextrem etikettiert

und diskreditiert. Gemäß der „Extremismustheorie“ wird demokratisches Handeln delegitimiert und das Eintreten für Grund- und Menschenrechte mit Extremismus gleichgesetzt. Auch 2024 waren demokratisch Engagierte davon betroffen: Immer wieder wurde ihnen unterstellt, demokratiefeindlich zu handeln, und Unterstützung versagt. Ein Beispiel aus einer Kleinstadt im ländlichen Raum: Eine neu gegründete zivilgesellschaftliche Initiative fragte den Bürgermeister für einen Vortrag im Rahmen eines Demokratie-Festes an. Er sagte zu, zog seine Zusage dann aber kurzfristig wieder zurück aus Sorge, dass „die Antifa“ in seine Kleinstadt komme.

3.3 Welche Strategien waren wirksam?

Trotz der Herausforderungen haben demokratisch Engagierte 2024 erfolgreich Strategien umgesetzt, um demokratische Werte zu verteidigen. Was als Erfolg gilt, hängt stark von der Region ab: Während es in vielen Großstädten realistisch ist, mit demokratischem Protest rechtsextreme Versammlungen zu verhindern, ist es in ländlichen Regionen – insbesondere Ostdeutschlands – als Erfolg zu werten, wenn Menschen sich überhaupt trauen, gegen Rechtsextremismus auf die Straße zu gehen.

Bei der Umsetzung der Strategien stand die Mobile Beratung den Engagierten unterstützend zur Seite: Sie half Bündnissen dabei, Ziele und Leitbilder zu formulieren. Sie führte Schulungen durch, um Engagierte für den Umgang mit rechten Bedrohungen zu wappnen. Sie informierte über rechtliche Möglichkeiten, um Raumanmietungen durch Rechtsextreme zu verhindern, und sie beriet Lehrkräfte zur Frage, wie sie rassistischen und antisemitischen Äußerungen im Klassenraum begegnen können.

Großproteste im Januar: Aufbruchstimmung, neue Hoffnung

Nach der Correctiv-Recherche im Januar 2024 gingen Hunderttausende Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straße. Für die seit Jahren ausgelaugte Zivilgesellschaft waren die Proteste ein Befreiungsschlag: Gerade für kleine Gruppen und engagierte Einzelpersonen bedeuteten sie ein Ausbrechen aus der Isolation. Vor allem Menschen und Bündnisse, die schon länger gegen Rechtsextremismus aktiv waren, schöpften neue Hoffnung: Nach jahrelangen und einsamen Kämpfen gegen den gesellschaftlichen Rechtstrend entstand für eine kurze, aber intensive Zeit das Gefühl, dass sich endlich der Wind dreht.



PICTURE ALLIANCE / DPA | SEBASTIAN KAHNERT

Hunderttausende Menschen sind 2024 gegen Rechtsextremismus und für Demokratie auf die Straße gegangen. Hier in Dresden.



An mehreren Orten, u.a. in Bayern und Nordrhein-Westfalen, führten die Proteste dazu, dass bestehende Bündnisse gegen Rechtsextremismus wieder Fahrt aufgenommen und z.B. neue Aktivitäten geplant haben.

Neue Engagierte, neue Bündnisse

Die Großproteste haben auch dazu geführt, dass Menschen, die bis dato eher stille Beobachter*innen waren, aktiv geworden sind. Bestehende demokratische Bündnisse haben hier eine Art Schwammwirkung entfaltet: Viele konnten neue Mitglieder gewinnen und so ihre Strukturen teils nachhaltig stärken.

Zudem haben sich an einigen Orten neue Bündnisse gegründet, die zum Teil bis heute aktiv sind. Dort, wo neue Initiativen wieder eingeschlafen sind, lag das meist an mangelnder Organisationserfahrung der Beteiligten oder an der Uneinigkeit über gemeinsame Ziele.



Die bereits vor den Protesten aktiven „Omas gegen Rechts“ haben durch die Demonstrationen vielerorts neue Mitglie-

der dazugewonnen, z.B. in Berlin und Niedersachsen. In Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) haben sich zwei bestehende Bündnisse 2024 zu einem neuen, größeren Bündnis zusammengeschlossen. Unter dem Titel „Schwerin FÜR ALLE – friedlich, demokratisch und weltoffen“ organisiert das Bündnis Demos, Kunst- und Kulturveranstaltungen.⁴⁹

Aufklärung und Protest verhindern rechtsextreme Raumnahme

Ob rechtsextreme Konzerte, Immobilienkäufe oder völkische Jugendlager: An mehreren Orten konnten solche Vorhaben durch die Aufklärungsarbeit demokratischer Akteur*innen verhindert werden. Engagierte haben die Verantwortlichen – also z.B. Veranstaltungshäuser – rechtzeitig über die Vorhaben informiert und so erreicht, dass Zusagen zurückgezogen oder gar nicht erst erteilt wurden.

Wo sich Verantwortliche nicht in der Lage sahen, Veranstaltungen abzusagen, konnte zivilgesellschaftlicher Protest Wirkung zeigen: 2024 gingen bundesweit viele Menschen auf die Straße, um Auftritte von

Rechtsextremen zu stören. In mehreren Fällen ist es ihnen gelungen, die Auftritte ganz zu verhindern.



*In Braunschweig (Niedersachsen) wollte ein Neonazi ein Tattoo-Studio eröffnen. Als Anwohner*innen darauf aufmerksam machten und zusammen mit Gastronom*innen und Kirchen öffentlich Druck erzeugten, zog der Hausverwalter – ebenfalls aus dem neonazistischen Spektrum – die Zusage zur Raumnutzung zurück.⁵⁰ In Hachenburg (Rheinland-Pfalz) trafen sich Neonazis regelmäßig zu Kampfsport und anderen Events in der „Fassfabrik“. Ein zivilgesellschaftlicher Verein klärte jahrelang darüber auf – mit Erfolg: Im Dezember 2024 müssen die Rechtsextremen ausziehen.⁵¹ In Friedland (Niedersachsen) hatten Rechtsextreme mehrere Jahre eine Kundgebung vor einem Denkmal abgehalten. 2022 meldeten demokratisch Engagierte erstmals einen Gegenprotest an. Daraufhin wurde die rechtsextreme Kundgebung 2023 abgesagt und 2024 gar nicht erst angekündigt.⁵²*

Sachsen: Demokratische Wählervereinigungen holen Stimmen

Bei den Kommunalwahlen in Sachsen haben gezielt nicht-rechte, progressive Wählervereinigungen Sitze gewonnen. Die AfD ist zwar trotzdem stark und das Phänomen war 2024 vor allem in Sachsen zu beobachten. Doch die Beispiele zeigen, dass der Zusammenschluss demokratisch gesinnter Menschen durchaus Chancen auf Zuspruch hat.

Zudem konnten zivilgesellschaftliche Bündnisse – also lose Zusammenschlüsse von privat engagierten Menschen und Organisationen – der AfD auf kommunaler Ebene Deutungshoheit nehmen, indem sie

selbst lokal bedeutsame Themen gesetzt haben und der Partei damit zuvorgekommen sind.



*Im sächsischen Halsbrücke konnte das demokratische Wählerbündnis „MitWirkung“ bei der Kommunalwahl 10 Prozent der Stimmen gewinnen.⁵³ Im sächsischen Freiberg kam das Bündnis „Freiberg für Alle“ auf 11,6 Prozent.⁵⁴ Vor der Landratswahl im Saale-Orla-Kreis (Thüringen) warb das zivilgesellschaftliche Bündnis „Dorfliebe für alle“ für die demokratischen Kandidat*innen. Mit einem offenen Brief und einem Demokratiefest gelang es den Engagierten, viele Menschen zu mobilisieren. Am Ende gewann der CDU-Kandidat mit deutlichem Vorsprung zur AfD.⁵⁵*

Selten, aber wichtig: Unterstützung durch Politik und Verwaltung

Die Erfahrung der Mobilen Beratung zeigt: Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus ist vor allem dann wirksam, wenn verschiedene Ebenen gemeinsam handeln – wenn Engagierte etwa durch Politik und Verwaltung vor Ort unterstützt werden. Die Unterstützung durch Verantwortliche stärkt demokratisch Engagierten den Rücken und signalisiert der extremen Rechten, dass ihr Handeln auch bei Politik und Verwaltung auf Gegenwehr stößt.



In einer Kleinstadt Nordrhein-Westfalens versuchte die AfD, eine Gaststätte als Treffpunkt zu etablieren. Engagierte aus der Region organisierten Proteste vor dem Lokal, um ein Zeichen für Demokratie zu setzen. Der Bürgermeister schloss sich den Protesten an und verlieh dem Engagement damit mehr Gewicht.

4. Fazit: Was jetzt zu tun ist

Das Jahr 2024 hat unmissverständlich vor Augen geführt, wie sehr Rechtsextremismus die Demokratie angreift. Gleichzeitig hat das Jahr gezeigt, dass zivilgesellschaftliches Engagement wirkt: Die Großproteste nach der Correctiv-Recherche haben Engagierten Hoffnung gegeben und zur Gründung neuer Bündnisse geführt. Zudem ist es vielerorts gelungen, mit Aufklärungsarbeit den Einfluss der extremen Rechten zu schmälern. Einige sind entschlossen, jetzt erst recht Haltung zu zeigen.

Doch die Wahlerfolge der AfD und die politischen Debatten der vergangenen Monate haben das demokratische Engagement zurückgeworfen: Viele Menschen sind entmutigt, fühlen sich ohnmächtig und von der Politik im Stich gelassen. Sie brauchen dringend Ermutigung und konkrete Unterstützung – auch mit Blick auf die Bundestagswahl 2025.

Wir appellieren daher an Politik und Verwaltung, aber auch an Medien und die breite Zivilgesellschaft:

Unterstützen Sie demokratisch engagierte Menschen und geben Sie ihnen das Gehör, das sie verdienen.

Wir fordern:

- Demokratische Parteien müssen **extrem rechte Forderungen deutlich zurückweisen**, statt sie zu verharmlosen oder gar zu übernehmen. Sie müssen die AfD als extrem rechte Partei benennen und behandeln. Und sie müssen demokratische Antworten auf aktuelle Probleme bieten, statt mit populistischen Forderungen zu Flucht und Asyl Politik auf Kosten von Schutzsuchenden zu machen – und damit der AfD in die Hände zu spielen.
- Politik und Verwaltung müssen **Menschen, die sich für Demokratie engagieren, unterstützen und als Ressource anerkennen**, statt sie als lästig oder als „Gefahr von links“ zu markieren. Das bedeutet u.a., den Engagierten mehr geschützte Räume zur Verfügung zu stellen, in denen sie sich austauschen können. Zudem braucht es vor allem im ländlichen Raum finanzielle Mittel, um eine demokratische Jugendkultur zu fördern.
- Durch die Wahlerfolge der AfD sind die Mehrheitsverhältnisse vielerorts schwierig, vor allem auf kommunaler Ebene. Parteiverbände, aber auch die Bürger*innen vor Ort müssen **demokratischen Kommunalpolitiker*innen den Rücken stärken**, damit diese eine menschenrechtsorientierte Politik umsetzen können. Das heißt auch, sich solidarisch zu zeigen, wenn es zu rechten Anfeindungen kommt.
- Kommunalverwaltungen müssen **Missverständnisse zur Neutralität aufklären** und klarstellen, dass Institutionen wie Schulen oder Träger der Jugendhilfe nicht gegen das „Neutralitätsgebot“ verstoßen, wenn sie sich gegen menschenverachtende Inhalte positionieren. Im Gegenteil ist es ihre Verantwortung, für Demokratie und Menschenrechte einzustehen.
- **Medien müssen extrem rechte Strategien und Narrative stärker offenlegen und kritisch einordnen.** Sie sollten demokratiefeindlichen Positionen kein Podium bieten, sondern häufiger Menschen und Projekte zeigen, die sich für die Demokratie engagieren.
- **Vulnerable Gruppen schützen:** Am stärksten bedroht durch die Pläne der extremen Rechten sind marginalisierte Gruppen wie migrantisch gelesene oder queere Menschen. Sie brauchen mehr Schutz und Unterstützung – etwa durch die Sichtbarmachung ihrer Perspektiven oder das Eingreifen bei rassistischen Vorfällen.
- Das Erstarken des Rechtsextremismus ist kein ostdeutsches Phänomen, sondern betrifft alle.

Menschen und Institutionen in Westdeutschland sollten sich daher nicht zurücklehnen, sondern selbst aktiv werden:

- Kommunen können sich besser für den Umgang mit der AfD aufstellen, Kirchen stärker für demokratische Werte einstehen, Sportvereine deutlicher Position beziehen gegen Rassismus und Antisemitismus. Das stärkt nicht nur die Demokratie im Westen, sondern unterstützt auch Demokrat*innen im Osten.
- Die Bundesregierung muss endlich **eine gesetzliche Grundlage für die Förderung der Opfer-, Ausstiegs- und Mobilen Beratung schaffen.** Die Dauerbefristung der Beratungsteams hat gravierende Folgen für alle Beteiligten: Die Berater*innen müssen viel Zeit in die Absicherung der eigenen Arbeit investieren – Zeit, die sie eigentlich für Beratung brauchen. Menschen, die Unterstützung suchen, müssen oft lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Zudem wechseln viele Berater*innen den Job. Damit geht Kontinuität und Fachlichkeit verloren, die für die Demokratiewerkarbeit vor Ort existenziell ist. Zum Redaktionsschluss dieses Rückblicks (November) ist die Arbeit der rund 200 Mobilen Berater*innen ab 2025 nicht gesichert. Die Träger haben Arbeits- und Mietverträge gekündigt, weil die Förderung ausläuft. Das ist nicht vermittelbar in einer Zeit, in der die Demokratie bedroht ist wie lange nicht mehr.

Darüber hinaus **appellieren wir an die Innenminister*innen-Konferenz**, die vom 4. bis 6. Dezember 2024 in Brandenburg tagt: Machen Sie eine Politik, die innere Sicherheit als Sicherheit für alle Menschen begreift:

- Angesichts des Rechtsrucks braucht es keine Sicherheit vor Migrant*innen, sondern **Sicherheit für Migrant*innen.** Verzichten Sie auf eine Politik, die alle Migrant*innen als potenzielle Straftäter*innen markiert, und sorgen Sie stattdessen dafür, dass die eigentlichen Probleme wie militanter Islamismus und rechte Gewalt wirksam angegangen werden. Im Kontext Rechtsextremismus heißt das u.a., rechts motivierte Straftaten schneller zu ahnden und die Mitarbeiter*innen in Polizei und Sicherheitsbehörden stärker für Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu sensibilisieren.
- Stellen Sie sicher, dass **marginalisierte Gruppen und Menschen, die sich für Demokratie engagieren, besser vor rechten Angriffen geschützt werden:** in Form von Geld, um z.B. Alarmanlagen finanzieren zu können, und in Form von erleichterten Auskunftssperren im Melderegister.

Fußnoten

(Alle Links in den Fußnoten wurden zuletzt am 11.11.2024 abgerufen.)

- 1 [Correctiv](#): Geheimplan gegen Deutschland
- 2 [Dieter Rucht](#): Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus. Profil und Dynamik der jüngsten Protestwelle, S. 2
- 3 Die Mobilien Beratungsteams beraten nicht nur zum Umgang mit Rechtsextremismus, sondern auch zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit, die Rechtsextremismus zu Grunde liegen. Dazu gehören u.a. Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen. Der Lesbarkeit halber ist im vorliegenden Bericht nur der Begriff Rechtsextremismus genannt.
- 4 [ZDF heute](#): AfD großflächig klare Siegerin im Osten
- 5 [Pollytix](#): AfD-Wählende im Fokus, S. 15; [Andreas Hövermann](#): Das Umfragehoch der AfD – Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel, S. 41 f.
- 6 [Tagesspiegel](#): Brandenburger AfD droht politischen Gegnern
- 7 [Tagesschau](#): Europawahl 2024
- 8 Wahlergebnisse der Landtagswahlen 2024 in [Thüringen](#), [Sachsen](#) und in [Brandenburg](#)
- 9 Wahlstatistiken zu den Kreistagswahlen & Stadtratswahlen der kreisfreien Städte 2024, teils eigene Berechnung
- 10 [taz](#): Braune Flecken im blauen Teppich
- 11 [Tagesspiegel](#): Überfall, Kampfsport im Park und Messer; [Recherche Nord](#): „Leistungsmarsch“ von Neonazis am 20. April
- 12 [Bundestag](#): Drucksache 20/13463
- 13 [Bundestag](#): Drucksache 20/11328
- 14 [Tagesspiegel](#): Rechtsextreme Popmusik
- 15 [Recherche Nord](#): Sommerfest des „Instituts für Staatspolitik“ in Schnellroda; [Winterakademie 2024](#) in Schnellroda
- 16 [Hamburger Bündnis gegen Rechts](#): Peter Fitzek mit Reichsbürger-Sekte „Königreich Deutschland“ im Raum Hamburg
- 17 [MDR](#): „Reichsbürger“ aus ganz Deutschland in Gera
- 18 [ZDF heute](#): Rechte Siedler streben nach Macht im Dorf
- 19 [Recherche Nord](#): Sommerfest des „Instituts für Staatspolitik“ in Schnellroda; [taz](#): Zu Gast bei Umstürzern
- 20 [Recherche Nord](#): „Alternative Buchmesse“ in Hoppegarten; [NDR](#): „Geheimes“ AfD-Treffen: Proteste und Polizei in Neumünster; [SWR](#): Vertreter der „Neuen Rechten“ trafen sich in Koblenz
- 21 [Tagesspiegel](#): Brandenburgs AfD kritisiert „Compact“-Verbot
- 22 [Kontext Wochenzeitung](#): Volksfest für die AfD
- 23 [Recherche Nord](#): Revolutionsplanungen: Strategietagung mit AfD, „Neuer Rechter“ und Neonazis; [taz](#): Ratschlag über rechte Revolution
- 24 [Leipziger Volkszeitung](#): Eilenburgs neuer Stadtrat: 22 Mitglieder bilden fünf Fraktionen
- 25 [Recherche Nord](#): „Leistungsmarsch“ von Neonazis am 20. April
- 26 [Katapult MV](#): Rechtsextreme Verflechtungen in Ribnitz-Damgarten
- 27 [Social Media Post des Rechercheportals Jena](#)
- 28 [Spiegel Online](#): Schüsse bei Festnahme von terrorverdächtigem AfD-Politiker; [Generalbundesanwalt](#): Festnahme von acht mutmaßlichen Mitgliedern einer rechtsextremistischen terroristischen Vereinigung
- 29 [Tagesschau](#): Bundestag verabschiedet „Sicherheitspaket“
- 30 Lehrkräfte berichteten der Mobilien Beratung 2024 auch von sehr jungen Kindern, die schon in der Grundschule rechtsextreme Symbole verwenden oder sich rassistisch äußern.
- 31 [Tagesschau](#): Rassistische Parolen bei Feier auf Sylt
- 32 [t-online](#): Türkei-Fans feiern am Plärrer – und zeigen Wolfsgruß; [Spiegel](#): Türkische Anhänger zeigen „Wolfsgruß“ – Polizei stoppt Fanmarsch in Berlin; [Stuttgarter Zeitung](#): Warum türkische Fans so oft den rechtsextremen Wolfsgruß zeigen
- 33 [Zeit](#): Wer organisierte die Blockade gegen Habeck?
- 34 [SWR](#): Schock in Scheuerfeld: Unbekannte stellen Hakenkreuz auf
- 35 [Recherche Nord](#): Veranstaltung „Die Blaue Welle“ vom Compact-Magazin in Velten
- 36 [Hessenschau](#): Mutmaßlicher „Reichsbürger“ trainiert Straßenkampf im Odenwald
- 37 [Nordstadtblogger](#): AfD-Galionsfigur Björn Höcke erneut in Dortmund
- 38 [ZDF heute](#): Tatverdächtiger: rechtsextrem und jugendlich
- 39 [ZDF heute](#): Jugendliche verbrennen Tagebuch von Anne Frank
- 40 [taz](#): Angriff nach „Russia Today“-Artikel
- 41 [buten un binnen](#): Bremer Anlaufstelle für Schwule und Lesben mit Nazi-Parolen beschmiert
- 42 [SWR](#): AfD und Gegendemo treffen in Mannheim aufeinander: keine größeren Zwischenfälle
- 43 [Recherche Nord](#): „Hitlerjugend Reloaded“ – Neonazi-Sonnenwende in Eschede
- 44 [Tagesspiegel](#): „Junge Kampfgemeinschaft“ griff Berliner Linke an
- 45 [Saarländischer Rundfunk](#): Rechtsextremist Martin Sellner zu Lesung in Perl-Borg
- 46 [Bayerischer Rundfunk](#): Reichsbürger demonstrieren in München – Gegendemo des DGB
- 47 [Democ](#): Putin, Frieden, Vaterland: AfD-Wahlkampfabschluss in Erfurt; [Frankfurter Rundschau](#): Militante Rechte bei AfD-Abschlusskundgebung mit Höcke in Thüringen
- 48 [RedaktionsNetzwerk Deutschland](#): Der Kampf gegen den Regenbogen und seine Folgen
- 49 Website des Bündnisses: [schwerinfueralle.de/](#)
- 50 [Braunschweiger Zeitung](#): Kein Tattoo-Studio im Neonazi-Haus – kommt nun neuer Kiosk?
- 51 [taz](#): Zivilgesellschaft vertreibt Rechtsextreme
- 52 [HNA](#): Klare Kante in Friedland gegen Kundgebung von Rechten; [Leinewelle](#): Ein Denkmal wird laut – Internationale Acts spielen Sonntag 25.08. am Mahnmal in Friedland
- 53 [Sachsen.de](#): Wahlergebnisse Halsbrücke
- 54 [Sachsen.de](#): Wahlergebnisse Freiberg
- 55 [MDR](#): Demokratie beginnt im Kleinen: Was Bürgerinitiativen in Thüringen erreichen wollen; [Germanwatch](#): Dorfliebe gegen Rechtsextremismus

Impressum

Herausgeber:

📍 Bundesverband Mobile Beratung e. V.
Heidestraße 3
01127 Dresden
☎ 0351 – 500 54 16
✉ kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de
🌐 bundesverband-mobile-beratung.de

V.i.S.d.P.:

Grit Hanneforth, Geschäftsführerin im Bundesverband Mobile Beratung e. V.

Redaktionsschluss: 13. November 2024

Redaktion: André Aden, Sina Feldkamp, Stephanie Heide, Jennifer Pross, Dominik Schumacher, Daniel Trepsdorf

Foto Titelseite: picture alliance / dpa | Sebastian Kahnert

Urheberrechtliche Hinweise

© Copyright 2024 Bundesverband Mobile Beratung e. V. Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber*innen behalten sich

das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber*innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss

Die Hinweise in diesem Jahresbericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber*innen keine Gewähr.

Gendersternchen

Der BMB nutzt das sogenannte Gendersternchen (auch: Asterisk), um eine geschlechtergerechte Sprache abzubilden. Geschlechtergerechte Sprache hat zum Ziel, alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer geschlechtlichen Identität einzubeziehen und gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, dass es mehr Geschlechtsidentitäten als weiblich und männlich gibt. Der Asterisk fällt auf und kann irritieren – genau das ist gewollt: Er soll zum Nachdenken anregen und die Vielfalt von Geschlechtern sichtbar machen.

Förderhinweis

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und Integration
Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

**BUNDESVERBAND
MOBILE BERATUNG** 

**Gemeinsam gegen
Rechtsextremismus.
Für Demokratie.**